

21. IV. 1919

10

Wechsel der Kammer liegen in dem Umschwung in der Volksmasse. Der Krieg habe Italien nur Niederlagen gebracht, und einen von niemand mehr erhofften Sieg zum Schluß. Aber irgendwelche Früchte des Sieges seien bisher ausgeblieben. Dieses Land hatte heute über 100 Milliarden Schulden, Kohlen- und Rohstoffschwierigkeiten, ein unerträglich teures Leben, und seine politischen Spekulationen in Oesterreich und der Adria seien nicht so ausgefallen wie es gehofft hat. Daher kommt es jetzt zu der Rückkehr Giolittis in der Person seines Vertreters Ritti, das heißt zur Rückkehr einer Politik, welche die Bundesgenossenschaft mit Frankreich stets für falsch erklärte. Jedenfalls sei durch den Sturz Orlando in dem Augenblick, in dem in Weimar die letzte Krise der deutschen Niederlage entschieden zu sein scheint, eine politische Konstellation geschaffen, die für den Fortbestand der Entente und die Durchsetzung ihrer Ziele immerhin eine Gefahr bedeutet.

St.-Germain, 20. Juni. Zur Demission Orlando schreibt St. Brice im "Journal", daß die Demission die Folge einer Reihe von Fehlern gewesen sei, deren erster die Abreise Orlando von Paris im April war, durch die er die Brücke hinter sich abgebrochen habe. Nur ein voller Erfolg, der ihm aber versagt blieb, hätte diesen Entschluß rechtfertigen können. St. Brice fährt fort: Jetzt erheben die Giolittianer ihr Haupt. Dahin haben uns die brillanten Manöver der Männer geführt, die seit sieben Monaten die europäische Politik leiten. Der einzige kleine Trost besteht darin, daß die italienischen Ereignisse die Deutschen veranlassen werden, den Frieden nicht zu unterzeichnen.

Unruhen in Rom.

Berlin, 19. Juni. Das "8 Uhr-Abendblatt" erfährt von der schweizerischen Grenze: Nach dem Bekanntwerden der Demission des italienischen Kabinetts fanden in den Straßen von Rom Unruhen statt. Die Demonstranten trugen Ausschriften mit den Worten "Nieder mit Giolitti und Ritti! Es lebe das italienische Fiume!" Es kam zu Zusammenstößen mit den Truppen.

Man gewinnt aus den Verhandlungen in der Kammer, die der Demission des Kabinetts Orlando vorausgingen, den Eindruck, daß Orlando das Misstrauensvotum absichtlich provoziert hat, um dadurch dem Zwange, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, zu entgehen.

Die Verhandlungen in St.-Germain

Die finanziellen Beratungen.

Telegramm unfres Sonderberichterstatters. St.-Germain, 20. Juni. Die Beratungen mit den Finanzdelegierten nahmen heute ihren Fortgang. Gegenstand des Studiums bildet naturgemäß auch die Antwort der Entente an Brodorsky, die in vielen Belangen auch Schlüsse auf die Beschaffenheit der finanziellen Klauseln für unsern Friedensvertrag zuläßt. Soweit das möglich ist, sind die Aussichten für uns in dieser Hinsicht wenig erfreulich. Andererseits enthält die Antwort aber auch Grundsätze, die in unsern kommenden Darlegungen Anwendung zu unsern Gunsten finden können. Die für heute angekündigte Mitteilung der finanziellen Klauseln hat natürlich nicht stattgefunden.

Der italienische Vorschlag zur Besetzung des Kärntner Gebietes.

In den zwangslosen Besprechungen der allgemeinen Situation kam bezüglich der von Italien vorgeschlagenen Besetzung des strittigen Kärntner Gebietes durch Italiener die Ansicht zum Ausdruck, daß eine solche Maßregel allein geeignet wäre, weiteres Blutvergießen zu verhindern und eine wirklich sachgemäße Durchführung der Volksabstimmung zur Entscheidung über die Gebietszuteilung herbeizuführen.

Die italienische Ministerkrise.

Gegenüber der durch die italienische Ministerkrise geschaffenen Lage verhält man

sich zuwartend. Man ist natürlich der Anschauung, daß daraus nur neues Warten resultieren kann.

Eine der Schwierigkeiten für die italienische Regierung besteht auch darin, daß ihr mit der ganzen Fassung des Friedensvertrages das Rechtsobjekt entzogen ist. Im Kriege hatte Italien es mit der Monarchie und allen Nationalstaaten zu tun. Nun stellt man ihnen, da die Ungarn gegenwärtig ohnehin außer aller Kombination sind, Deutschösterreich als einziges haftpflichtiges Subjekt zum Verhandeln gegenüber. Dazu kommt, daß die Fiktion, daß die Südslawen Bundesgenossen der Italiener sind, in Italien immer grotesker wirken muß. Jedenfalls beweist dieser Zwischenfall aufs Neue, daß die sehr simple Struktur des Weltfriedens, wie sie den Alliierten vorgeschwebt hat, immer mehr zu einer bitteren Täuschung werden muß. Eugen Denehoff.

Unser Friedensvertrag.

Eine brutale Einschränkung der Souveränität.

St.-Germain-en-Laye, 19. Juni. "La Patrie" schreibt: Der Friedensvertrag mit Oesterreich ist ein Attentat auf die Souveränität Oesterreichs und auf seine Freiheit. Dieser sogenannte Krieg des Rechtes hat dem internationalen "Recht" einen Stoß veretzt. Oesterreich kann nicht mehr bei sich zu Hause sein Wirtschaftsleben frei regeln. Man denke daran, daß die Entente den Krieg auf sich genommen hat, um Serbien die angeblich unerträgliche Erniedrigung einer Mitarbeit Oesterreich-Ungarns bei der gerichtlichen Untersuchung des Sarajewer Mordes zu ersparen.

Heute legt die Entente Oesterreich eine drückendere Mitarbeit auf und schränkt noch brutaler seine souveränen Rechte ein. Oesterreich sieht sich von Bevölkerungen und Territorien geschieden, die es zu wesentlichen Teilen des Vaterlandes rechnete. Man zwingt es, auf jede Intervention zugunsten dieser Bevölkerungen und Territorien zu verzichten. Es soll mit geschlossenen Augen nicht nur die Bestimmungen hinnehmen, die in Bezug auf sie schon getroffen worden sind, sondern auch jene, die noch nicht getroffen worden sind. Nach dem dritten Teile des Entwurfes wird Oesterreich gezwungen, im voraus nicht nur irgend etwas, sondern alles zu unterzeichnen.

Bei der Bestimmung seiner eigenen Grenzen wird es in der dafür bestimmten Kommission eine Stimme unter sieben haben. Das ist die Diktatur der Pentarchie, und Oesterreich verliert schließlich das Recht der Selbstbestimmung. Es tritt hervor, daß die Verbündeten Oesterreich verhindern wollen, sich mit Deutschland zu vereinigen, ein Gedanke, der begreiflich ist, aber keiner Sorge um die Gerechtigkeit entspringt.

Staatskanzler Dr. Renner hat im Namen der Prinzipien protestiert, und man kann seiner These eine gewisse Logik nicht absprechen. Man könnte sich fragen, ob der Föderalisierungsversuch, den Oesterreich-Ungarn seinerzeit machte, trotz der Unzulänglichkeit der Autonomien, die er gewährte, für das Recht und für den Frieden nicht doch mehr taugte als diese durch den Krieg ins Ungeheure getriebenen und durch den Frieden verewigten Spaltungen.

Finanzielle Hilfe für Deutschösterreich.

Eine englische Stimme.

London, 20. Juni. (Tel.-Komp.) Der Sonderkorrespondent des "Daily Telegraph" meldet aus Wien: Die Drohung, welche der ungarische Vormarsch in sich birgt, scheint augenblicklich verringert zu sein, aber die Gefahr einer neuen Revolution wird fort dauern, bis die Entente sich über die Notwendigkeit klar wird, Oesterreich vor dem finanziellen Zusammenbruch zu retten. Die Regierung in Wien hat keinerlei Vorteile davon, schnell die Bedingungen der Entente zu unterzeichnen, wenn aber die Unterzeichnung ihren einzigen Lohn darin finden würde, daß man Oesterreich im finanziellen Untergange verkrüppeln lasse, dann wird die Regierung gezwungen sein, zurückzutreten. Denn ohne Geld kann höchstens der Bolschewismus versuchen, ein Land zu verwalten. Das Ausbleiben finanzieller Hilfe kann daher in Oesterreich keinen andern Erfolg haben, als

das Auftreten einer bolschewistischen Regierung zu fördern. Es ist zweifellos, daß die Sowjetbewegung sich in diesem Falle auf Italien, Polen und die Tschechoslowakei ausdehnen würde.

Neue Friedensverzögerung durch die italienische Krise.

Telegramm unfres Sonderberichterstatters. St.-Germain, 20. Juni.

Die Stimmung der Delegation ist neuerdings sehr gedrückt. Es zeigt sich einfach keine Möglichkeit, in der Friedensarbeit vorwärtszukommen. Die Delegation hat das menschenmögliche geleistet, um in kürzester Frist alle auf den ersten Teil des Vertragsentwurfes bezüglichen Noten auszuarbeiten und der Entente zu überreichen. Dann sind die Finanzdelegierten nach Saint-Germain gekommen, um das Material für den zweiten Teil vorzubereiten und mit der Generalkommission die rechtspolitischen und privatwirtschaftlichen Klauseln, die uns vorliegen, durchzuberaten. Die Besprechungen sind nahezu beendet, die Grundlagen für eine rasche Durchbringung der zu erwartenden Abschnitte sind geschaffen, aber diese Kapitel wollen nicht kommen.

Clemenceau hat im Schloß von St.-Germain erklärt, der Oberste Rat werde uns den zweiten Teil des Friedensvertrages so rasch wie möglich zukommen lassen. Damals glaubten auch Leute, die sonst Pessimisten sind, der späteste Termin für die Uebermittlung seien vierzehn Tage. Nun sind aber bereits fast drei Wochen seit dem Tage des Gerichts verstrichen und es rührt sich nichts.

Wenn man sich vor Augen hält, daß der Kanzler bekanntermaßen die Frist zwischen dem Einlangen der noch ausstehenden Klauseln und dem Abschluß des Friedens im günstigsten Falle auf sechs Wochen beziffert hat, kann man sich die Stimmung der Delegierten vor Augen halten, zumal sich die Kosten für Saint-Germain auf mehr als eine Million Kronen monatlich belaufen.

Gegenwärtig verlautet allerdings, daß die finanziellen Bedingungen doch nicht mehr allzulange auf sich warten lassen werden. Dafür ist aber der Biererrät, von dem letzten Endes unser Schicksal abhängt, außer Aktion, ganz abgesehen davon, daß Wilson und Lloyd George nicht in Paris weilen, muß auch die italienische Krise seine weiteren Arbeiten sehr verzögern, wenn nicht gar in Frage stellen. Orlando ist zwar seit seiner Abreise durch Sonnino vertreten, aber wer weiß augenblicklich, ob Sonnino diese Krise überdauern und ob nicht auch er abreisen wird. Kommen dann neue Leute nach Paris, bedeutet das neues Einarbeiten, neue Gesichtspunkte, neuerliches Aufwerfen der italienischen Probleme, also weitere Verzögerung.

Uebrigens wird das in den heutigen Pariser Blättern bereits ausgesprochen, und es wird zu diesem Zweck gegen den mutmaßlichen kommenden Mann in Italien, Ritti, schon jetzt von einzelnen Blättern eine Kampagne begonnen. "Echo de Paris" nennt Ritti einen Verbündeten von Giolitti und einen sehr germanophil gefärbten Politiker. Das Blatt erklärt, es sei voranzuziehen gewesen, daß die deutschfreundlichen Elemente aus dem vor einigen Wochen von Wilson angeschickterweise erlassenen Manifest an Italien Gewinn ziehen würden. In den letzten Tagen hätten Bülow und Fürst Sichnowsky bewirkt, daß in der Mailänder und römischen Presse sich die Erklärungen aus der Zeit der Neutralität Italiens neuerdings erneuert hätten. Selbst das Organ Sonninos, das "Giornale d'Italia", habe nebeneinander zwei Artikel gebracht, deren einer in den schärfsten Tönen Clemenceau angegriff, während der andre ein dithyrambisches Lob Clemenceaus gewesen sei. Ohne Wissen Orlando und Sonninos seien den Worten auch bereits die Taten gefolgt. Man müsse die Frage erheben, womit sich in Budapest Prinz Livio Borghese beschäftige, der infolge des Streites um sein Beglaubigungsschreiben Jugoslawien verlassen habe. Eine Reihe von Mitteilungen sprechen dafür, daß er und andre italienische Offiziere Bela Kun in der Organisa-